

EU-Dienstleistungsrichtlinie u?bertrifft Agenda 2010 mit Hartz IV: Arbeitspla?tze, Dienstleistungen und regionale Wirtschaftsfo?rderung gefa?hrdet

EU-Dienstleistungsrichtlinie ?bertrifft Hartz IV

Wenn am 11. Februar Arbeits- und Wirtschaftsminister Clement zum „Westischen Empfang“ (und wohl auch zu Wahlkampfzwecken) ins Kreishaus nach Recklinghausen kommt, dann d?rfte es derzeit eigentlich nur ein einziges aktuelles Thema geben: Die heftig umstrittene EU-Dienstleistungsrichtlinie, die von ihm als „Wachstumschance“ bef?rwortet, aber von allen anderen abgelehnt wird: Von den Gewerkschaften ?ber die kommunalen Spitzenverb?nden und den Zentralverband des deutschen Handwerks bis hin zu den Verbraucherorganisationen und allen Sachverst?ndigen, die im Bundestag dazu angeh?rt wurden – mit Ausnahme des Bundesverbandes der Arbeitgeber. Warum?

Diese folgenschwerste und skandal?seste Gesetzesinitiative in der Geschichte der Europ?ischen Union wird die Emscher-Lippe Region besonders hart treffen und die regionale Struktur- und Wirtschaftsf?rderung in Zukunft entbehrlich machen: Das EU-Gesetzesvorhaben setzt sich v?llig ?ber nationales Recht hinweg und wird dank einer einflussreichen Lobby daf?r sorgen, dass wir unser Land und unsere hiesige Arbeitsmarktregion bald nicht mehr wiedererkennen, geschweige die wenigen Reste unseres Sozialstaates. Die regionale Strukturpolitik k?nnte „eingestampft“ werden.

Im Zuge der Wettbewerbs-Ideologie des Europ?ischen Binnenmarktes sollen nach den Regelungen des „Herkunftslandprinzips“ f?r ausl?ndische Dienstleistungsunternehmen, die in Deutschland t?tig sind und Auftr?ge abwickeln, die inl?ndischen Standards faktisch nicht mehr gelten: Ob Sozial- oder Tarifstandards, ob Umwelt- und Gesundheitsstandards, ob Verbraucherschutz oder die Sicherung der Arbeitspl?tze heimischer Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe – alles das bleibt auf der Strecke, ebenso die ?ffentlichen Dienstleistungen: ob Verkehr, Theater, Museen, Friedhof, Krankenh?user und Pflegedienste – vielleicht auch staatlich finanzierte Schulen.

Bef?rchtet wird ein Wettbewerb um die niedrigsten L?hne, die laschesten Umweltgesetze, den schw?chsten Verbraucherschutz und das d?nnste soziale Netz sowie eine Vermehrung von Briefkastenfirmen in L?ndern mit den geringsten Standards – eine Harmonisierung der 25 EU-L?nder auf niedrigstem Niveau und entgegen den Zielen der neuen EU-Verfassung. Die regionale Struktur- und Wirtschaftsf?rderung im Emscher-Lippe Raum sowie die Mittelstandspolitik w?rde ins Leere laufen, weil die heimischen Betriebe stets auf der Strecke

blieben.

Erstaunlich ist nur, dass zu diesem brisanten Thema die heimische EU-Abgeordnete Jutta Haug nach ihrer Wiederwahl öffentlich auf „Tauchstation“ gegangen ist, nachdem sie vor der EU-Wahl noch täglich in der Presse präsent war. Hat die Interessenvertreterin der Bevölkerung und der Arbeitnehmer und mittelständischen Handwerksbetriebe in dieser Region eigentlich noch das Wohl der Menschen in dieser Region vor Augen und wie wird sie im Straßburger Parlament abstimmen? Soll das Ganze unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgezogen werden? Warum keine Informationen und Einwohnerversammlungen in diesem Wahlkreis und warum keine Resolutionen und Konferenzen mit Kommunalpolitikern der Region, um das von Clement befürwortete neoliberale Projekt vom Kopf auf die Füße zu stellen?

Die Arbeitnehmer und Gewerkschaften in dieser Region sind jedenfalls über den Entwurf der EU-Dienstleistungsrichtlinie in großer Sorge, ebenso die Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe. Die EU-Richtlinie hat noch weitreichendere Folgen als Hartz IV für die Lebensumstände der Menschen! Kein Thema für unsere Kommunal- und Regionalpolitiker?

Wilhelm Neurohr, Recklinghausen, Personalratsvorsitzender und Sprecher des Arbeitskreises der Personalräte (ver.di)